

PODIUMSDISKUSSION

„Gesundheitspolitik nach der Wahl“

Bei den Diskussionen in den letzten Tagen vor der Bundestagswahl haben alle Parteien ihre gesundheitspolitischen Programme vorgestellt. Innerhalb der großen Parteien CDU und SPD konnte man sogar konträre gesundheitspolitische Schwerpunkte und Tendenzen finden, deren Einordnung im Rahmen der Personalentscheidungen erst nach der Wahl erfolgen kann.

Uns allen ist klar, daß nach der unerträglich langen honorarpolitischen Hinhaltestrecke parteipolitische Koalitions- und gesundheitspolitische Personalentscheidungen unseren Praxisalltag, unsere Freiberuflichkeit und damit unsere Zukunft bestimmen und

werden auch Koalitionsentscheidungen gefallen sein, so daß auf einer realen Basis über unsere gesundheitspolitische Zukunft diskutiert werden kann.

Je nach Wahl- bzw. Koalitionsentscheidung werden gesundheitspolitische Vertreter der die Regierung bildenden Parteien kurze Einleitungsreferate halten. Ansonsten können alle Gäste schriftlich und mündlich eingereichte Fragen vorbringen. Dafür werden Fragezettel vorbereitet, die von „Anwälten des Plenums“ eingeordnet und koordiniert werden.

Die Politik hat in letzter Zeit mit Hilfe der Krankenkassen immer stärker unseren Sicherstellungsauf-

**Mittwoch, 21. Oktober 1998, 18.00 Uhr
Düsseldorf, Malkasten Theatersaal, Jacobistraße 6
Gesundheitspolitik nach der Wahl**

Dr. Ellis Huber, Präsident der Ärztekammer Berlin
Wilfried Jacobs, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland
Herbert Rebscher, Vorsitzender des Vorstandes des VdAK
Dr. Winfried Schorre, Vorsitzender KBV und der KV Nordrhein
Der Veranstaltungsort liegt in der Nähe des Hauptbahnhofs und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln günstig zu erreichen.

einschneidende Veränderungen für uns niedergelassene Ärzte bringen können.

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kreisstelle Düsseldorf lade ich Sie im Namen der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein zu einer Podiumsdiskussion nach Düsseldorf ein. Neben Gesundheitspolitikern haben führende Vertreter der Ärzte und Krankenkassen zugesagt, an dieser bundesweit ersten gesundheitspolitischen Diskussion nach der Bundestagswahl teilzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt

trag und damit unsere Zukunft eingeschränkt. Soweit es uns Ärzten möglich ist, sollten wir durch die Teilnahme am 21. Oktober und durch eine konstruktive Diskussion bei der Düsseldorfer Veranstaltung versuchen, nach Wahlentscheidung und Koalitionsbildung, uns an der gesundheitspolitischen Richtungsbestimmung von Anfang an zu beteiligen.

Dr. Michael Hammer Vorsitzender der Kreisstelle Düsseldorf der KV Nordrhein

Chinesische Ärztedelegation besucht Ärztekammer Nordrhein



Zu einem Informations- und Meinungsaustausch besuchte eine chinesische Ärztedelegation während ihrer Europareise die Ärztekammer Nordrhein. Der Geschäftsführende Arzt der Kammer, Dr. Robert Schäfer (Bildmitte), begrüßte die Gäste am 2. September im Düsseldorfer Ärztehaus. Themenschwerpunkte des Gespräches, an dem auch Kammerjustitiarin Christina Hirthammer (1. Reihe, 2. v. l.) und Vorstandsreferentin Melanie Scharwald (1. Reihe, 3. v. l.) teilnahmen, waren die Aufgaben der Ärztekammer und ihre Stellung im Gesundheitswesen. Foto: uma

NIEDERGELASSENE RADIOLOGEN

Jeder zweite in Existenznot

Die wirtschaftliche Situation der niedergelassenen Röntgenärzte in Nordrhein hat sich nach Erkenntnissen der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo) dramatisch zugespitzt. Rund die Hälfte der 150 radiologischen Vertragsarztpraxen sei in ihrer Existenz akut gefährdet. Die KV hat deshalb Anfang September die nordrheinischen Krankenkassenverbände aufgefordert, umgehend in Verhandlungen über eine finanzielle Unterstützung der radiologischen Praxen einzutreten.

Nach Angaben der KVNo hat der Punktwert für radiologische Leistungen im ersten Quartal 1998 einen „historischen Tiefststand“ erreicht. Vergütungsverluste von im Durchschnitt 9,1 Prozent je Arzt trieben die

radiologischen Praxen, deren Kostenanteil durchschnittlich 80 Prozent betrage, in die Illiquidität. Ursache dieser Entwicklung ist nach KV-Angaben ein stetiger Anstieg des Umfangs der radiologischen Diagnostik, ohne daß die Krankenkassen Finanzmittel in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt hätten.

Die ständige Leistungszunahme gehe zum einen zurück auf die Ausweitung der Indikationsgebiete von aufwendigen Untersuchungen wie Computertomographie und Kernspintomographie. Darüber hinaus finde eine Verlagerung von zuvor stationär erbrachten radiologischen Leistungen in den ambulanten Bereich statt, ohne daß dies mit einer Aufstockung der Vergütung für die Vertragsärzte einhergehe. KVNo/RhÄ